

Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus

Einladung

zur

3. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus

Sitzungstermin: Donnerstag, 31.08.2023, 17:30 Uhr

Raum, Ort: Helene-Lange-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 ung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme der Niederschrift der 2. Öffentlichen Sitzung vom 22.06.2023
- 3 Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung
- 4 Solidarität mit den Galeria Kaufhof Mitarbeitenden! **0473/6**
SPD-Fraktion
- 5 Entwicklung eines Konzepts zur Förderung und Erhaltung von **0480/6**
Wochenmärkten
SPD-Fraktion
- 6 Wirtschaftsverkehr in die Kantstraße integrieren **0521/6**
CDU-Fraktion
- 7 Gibt das Hanf frei! **0538/6**
SPD-Fraktion
- 8 Verschiedenes

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Manuel Sandvoß

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempf/Dr. Biewener/Bodensiek/Hansen/Saric/Spielberg

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0473/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
25.05.2023	BVV	BVV-019/6 überwiesen
22.06.2023	WiTo	WiTo-002/6 vertagt
31.08.2023	WiTo	WiTo-003/6
	Soz	

Solidarität mit den Galeria Kaufhof Mitarbeitenden!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt soll sich für folgende Punkte als sofortige Maßnahme für die Mitarbeitenden von Galeria Kaufhof in der Wilmsersdorfer Straße einsetzen:

- **Planungssicherheit**
Für die Beschäftigten muss endlich Klarheit herrschen, wie es weitergeht und es müssen ihnen dabei klare und verlässliche Perspektiven geboten werden.
- **Übernahme für Zeit des Übergangs**
Für die Zeit des Neu- oder Umbaus müssen alle Beschäftigte in andere Filialen übernommen werden.
- **Gesicherter finanzieller Übergang**
Sollte dies nicht möglich sein, muss sichergestellt werden, dass ein fließender Übergang in neue Beschäftigungsverhältnisse mit tarifvertraglich abgesicherter Bezahlung stattfindet.
- **Taskforce der bezirklichen Wirtschaftsförderung**
Mit einer Taskforce in der bezirklichen Wirtschaftsförderung sollen die aktuellen Entwicklungen eng begleitet und Ansprechpartner für die Beschäftigten gestellt werden.
- **Bezirkliche Vermittlungsangebote für die Beschäftigten**
Zusammen mit dem Personalbereich im Bezirksamt soll die Taskforce außerdem bei der Vermittlung von Beschäftigten in die Servicebereiche der Verwaltung unterstützen.

Der BVV ist bis zum 31.07.2023 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempf/Dr. Buß/Saric

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0480/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
25.05.2023	BVV	BVV-019/6 überwiesen
22.06.2023	WiTo	WiTo-002/6 vertagt
31.08.2023	WiTo	WiTo-003/6
01.09.2023	OrdV	OrdV-024/6

Entwicklung eines Konzepts zur Förderung und Erhaltung von Wochenmärkten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Konzept zur Förderung und Erhaltung von Wochenmärkten zu entwickeln. Dazu soll unter anderem der Bedarf an Angeboten, die Besuchsmöglichkeiten zu bestimmten Öffnungszeiten, Meinungen zum Erscheinungsbild und zur Erreichbarkeit der Märkte, durch Befragungen der Bürgerinnen und Bürger ermittelt werden. Die daraus resultierenden Informationen sollen in das Zukunftskonzept einfließen.

Der BVV ist bis zum 30.11.2023 zu berichten.

Begründung:

Um die Wochenmärkte in Charlottenburg-Wilmersdorf zu erhalten und weiterzuentwickeln, soll das Bezirksamt durch eine Umfrage bei den Bürgerinnen und Bürgern deren Bedürfnisse ermitteln, damit interessierte Händlerinnen und Händler ihr Angebot entsprechend anpassen könnten. Neue Standorte, wie der Lehniner Platz, sollen so ermöglicht werden und dem Kleingewerbe kann hier die Möglichkeit gegeben werden, außerhalb der explodierenden Gewerbemiete, ihre Waren vorzustellen bzw. anzubieten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

CDU-Fraktion

Hertel/Goerlitz/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0521/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

29.06.2023 BVV BVV-022/6

Wirtschaftsverkehr in die Kantstraße integrieren

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, an Unternehmensstandorten entlang der Kantstraße Be- und Entladezonen werktags von 8 bis 18 Uhr einzurichten. Die Be- und Entladezonen sollen den zahlreichen ansässigen Unternehmen, welche auf Transporter angewiesen sind, um ihrem Geschäft nachzugehen, die Möglichkeit eröffnen, nicht länger in der zweiten Reihe parken zu müssen und somit den Verkehr behindern.

Der BVV ist bis zum 31.10.2023 zu berichten.

Begründung: Durch entsprechende Be- und Entladezonen kann der Wirtschaftsverkehr unterstützt werden. Darüber hinaus kann gefährliches Parken in der zweiten Reihe verhindert werden. Die Maßnahme soll es Unternehmen, die keine alternativen Verkehrsmittel (Bspw. Lastenräder) nutzen können, weiterhin Ermöglichen ihrem Gewerbe im Einklang mit den anderen Verkehrsteilnehmern nachzugehen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Biewener/Hansen

Antrag**DS-Nr: 0538/6****Beratungsfolge:**

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
29.06.2023	BVV	BVV-021/6 vertagt
31.08.2023	WiTo	WiTo-003/6

Gibt das Hanf frei!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt soll sich darum bemühen, dass Charlottenburg-Wilmersdorf - im Rahmen der von der Bundesregierung geplanten stufenweisen Entkriminalisierung von Cannabis – Modellregion für die Produktion und den Vertrieb von Cannabis unter wissenschaftlicher Begleitung wird.

Der BVV ist bis zum 31.12.2023 zu berichten.

Begründung:

Die Legalisierung des Besitzes und des Verkaufs von Cannabis ist ein längst überfälliger Schritt. Charlottenburg-Wilmersdorf sollte als Wissenschafts- und Verkaufsstandort eine Vorreiterrolle übernehmen, und sich an der schrittweisen Einführung von Cannabis beteiligen.

Durch die wissenschaftliche Begleitung der Cannabis-Modellregionen besteht die Möglichkeit, bereits in der Modellphase wichtige politische Maßnahmen für die Cannabis Legalisierung im Bezirk zu erproben. Die Legalisierung von Cannabis ist eine Anpassung an die Lebensrealität vieler Menschen. Darüber hinaus kann durch die Legalisierung auch eine bessere und effektivere Aufklärung im Umgang mit legalisierten Drogen gewährleistet werden.

Die Abgabe von Cannabis in lizenzierten Geschäften bei gleichzeitiger wissenschaftlicher Begleitung führen dazu, dass die Droge ohne Schadstoffe hergestellt und die Legalisierung wissenschaftlich begleitet wird. Der schwierige Anbau für Privatpersonen entfällt damit. Darüber hinaus trägt eine Modellregion positiv als Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort bei.

Mit dem legalen Konsum in den sogenannten „Cannabis-Clubs“ besteht die Möglichkeit, an einem sicheren Ort, verbunden mit einem Gesundheits- und Jugendschutzkonzept, Cannabis zu konsumieren. Durch die Teilnahme als Modellregion wird ein zusätzlicher Konsum Tourismus in andere Kommunen verhindert.

